



Interviews

Soll das Renteneintrittsalter weiter angehoben werden?

Achim Truger, Wirtschaftsweiser, im Interview mit Jürgen Zurheide

"Informationen am Morgen", 10.11.2023, 7:15 Uhr

Jürgen Zurheide: Die sogenannten Wirtschaftsweisen haben gesprochen – diejenigen, die sich besonders gut mit Wirtschaft auskennen. Sie haben ein Gutachten vorgelegt, da gibt es viele, viele wichtige Aspekte zur wirtschaftlichen Lage in Deutschland, unter anderem zur Rente. Die Kurzfassung habe ich gerade schon gesagt: Wenn wir älter werden, dann müssen wir auch länger arbeiten. Das sagt zumindest die Mehrheit in diesem Sachverständigenrat und schlägt dann unterschiedliche Dinge vor, unter anderem, dass wir in einer längeren Zeit, ab 2051 zum Beispiel bis 68 arbeiten, bis 2071 möglicherweise bis 69. Das hat zu tun mit der Lebenserwartung und wie sie sich weiter entwickelt.

Das sind nur einige wenige Eckpunkte, aber es gibt auch kräftige Kritik daran. Einer derjenigen, der selbst im Rat sitzt, hat ein Minderheitsvotum abgegeben: Achim Truger, für die Gewerkschaften in den Rat entsandt, jetzt bei uns am Telefon. Guten Morgen, Herr Truger!

Achim Truger: Guten Morgen, Herr Zurheide.

Zurheide: Herr Truger, warum halten Sie das für falsch, was die Kolleginnen in dem Fall aufgeschrieben haben?

Truger: Ich möchte vielleicht am Anfang sagen: Das ist ja ein riesen Gutachten, was wir machen. Das hat über 400 Seiten und da sind sechs Kapitel und eines davon ist zur Rente und in diesem einen Kapitel gibt es zwei Minderheitsvoten. Das heißt, da ist meine Kollegin Veronika Grimm auch noch abgewichen. Das heißt, bei der Rente bestand keine Einigkeit, bei den anderen Themen aber schon. Ich finde es gut, dass wir über die Rente reden; ich wollte nur sagen, die Einigkeit insgesamt ist größer, als es den Anschein hat.

Zur Rente jetzt: Sie haben gesagt, das Renteneintrittsalter soll hochgesetzt werden. Das soll automatisch gekoppelt werden an die fernere Lebenserwartung. Das ist ein ganz alter Vorschlag, der seit, glaube ich, insgesamt 15 Jahren immer wieder vorgebracht wird. Mein Punkt ist, im geltenden Recht ist es schon so, dass bis zum Jahr 2031 das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre erhöht wird, in Zukunft noch in etwas schnelleren Schritten als die Jahre zuvor. Das heißt, das ist erst mal schon angelegt, und ich sehe nicht, warum man jetzt schon die Debatte und die Entscheidung darüber fällen soll, dass man nach 2031 das Renteneintrittsalter weiter erhöht. Mir ist grundsätzlich klar, wenn das Lebensalter immer weiter hochgeht, die Lebenserwartung weiter hochgeht, dass man dann, wenn es soweit ist, möglicherweise darüber sprechen kann, dass die Menschen etwas länger arbeiten, aber im Augenblick ist das schon geregelt. Da jetzt noch vorab etwas festlegen zu wollen, halte ich für verfrüht.

Zurheide: Das heißt, auch Sie können die Grundrechenarten nicht außer Kraft setzen? Das wollen wir hier festhalten.

Truger: Das ist ja nicht eine Frage von Grundrechenarten. Die gelten ohnehin. Das ist eine Frage von Prognosen oder Projektionen. Für die gesetzliche Rente ist wichtig, dass viele

Menschen einzahlen, und wenn es gelingt, wie in der Vergangenheit auch, die Erwerbstätigkeit weiter zu erhöhen, insbesondere diejenigen, die jetzt zu uns gekommen sind, auch aus der Ukraine in Arbeit zu bringen – da sind ja mehrere Hunderttausend, die erst in Sprachkursen waren, die wahrscheinlich ungefähr zu Beginn des kommenden Jahres zur Verfügung stehen werden für qualifiziertere Arbeiten, dann sieht das alles schon wieder etwas besser aus. In der Vergangenheit war es so, dass die Prognosen zur Erwerbstätigkeit, aber auch zur Rentenfinanzierung systematisch viel zu schlecht waren, weil die Lage immer besser war. Da würde ich gerne doch noch ein paar Jahre warten und mir anschauen, wie es sich entwickelt, und dann kann man die Diskussionen führen.

Zurheide: Das Gegenargument ist ja immer: Je rechtzeitiger wir den Menschen Klarheit geben, umso mehr Vertrauen genießt ein System. Um jetzt die Faktoren noch mal abzuschichten: Sie haben gerade gesagt, wenn die Erwerbsbevölkerung oder der Anteil der Menschen, die arbeiten, steigt - und übrigens auch die Zahl der Arbeitsstunden muss dann steigen -, dann gibt es da eine positive Bewegung, oder die Produktivität muss steigen. Und gerade bei der Produktivität – das sind ja andere Teile Ihres Gutachtens – zeigen Sie, das ist nicht unbedingt der Fall und da haben wir ein Problem. Richtig?

Truger: Ja, das stimmt. Man muss wirklich dazu sagen, zentral ist, wie sich die Wirtschaft entwickelt, und wir stehen im Moment in der Situation, dass sich die deutsche Wirtschaft noch nicht erholt hat von all den Schocks. Die Erholung, die für nächstes Jahr angelegt ist, ist sehr schwach. Wir gehen da von 0,7 Prozent Wachstum aus im kommenden Jahr. Das ist jetzt das wichtigste Feld. Wir haben geschrieben, Wachstumsschwäche überwinden, in die

Zukunft investieren. Da muss jetzt investiert werden. Da ist auch der Staat gefragt. Da darf man auch bei der Schuldenbremse nicht so streng sein.

Zurheide: Da sind Sie sich auch nicht einig. Zur Schuldenbremse haben Sie am Ende nichts gesagt. Richtig?

Truger: Wir haben uns in der Vergangenheit schon dazu geäußert. Wir haben jetzt da konkret nichts gemacht. Wir haben uns da eher auf die mittlere und lange Frist konzentriert. Aber im Augenblick ist klar, da muss jetzt ein Aufschwung her, eine Erholung her. Dann steigt auch die Produktivität wieder und die Beschäftigung kann weiter steigen. Das ist das Zentrale. Wenn wir in Zukunft wollen, dass wir als Gesellschaft die steigende Anzahl von Rentnerinnen und Rentnern gut versorgen, dann muss in Deutschland die Wirtschaft möglichst stark sein, möglichst gut laufen. Deshalb müssen wir alles tun, um hier in die Wirtschaft zu investieren, und der Rest ergibt sich.

Ich will vielleicht auch noch mal sagen: Sie haben jetzt auf das Renteneintrittsalter abgestellt. Wogegen ich mich vor allen Dingen ausgesprochen habe ist, dass in dem Gutachten jetzt mehrere Reformansätze drin sind, die dann als Bündel vorgeschlagen werden, und insgesamt sind das mehrere Schritte von massiven Rentenkürzungen. So ein System lebt auch von dem Vertrauen, dass die Menschen erwarten können, dass das Rentenniveau nicht ganz tief absinkt. Wir sind im Moment bei einem Rentenniveau von 50 Prozent des durchschnittlichen letzten Brutto und das wird etwas sinken, wenn man nichts tut. Die Regierung will das bei 48 Prozent absichern. Das halte ich auch für richtig. Wenn man da weiter runtergeht, dann höhlt man die gesetzliche Rente immer weiter aus. Das was im Gutachten von der Dreiermehrheit vorgeschlagen wird, geht in die Richtung, dass wir uns

auf 35 Prozent perspektivisch bewegen, und dann kann ich den Menschen auch nicht mehr klarmachen, dass sie in die Rentenkasse einzahlen sollen. Das halte ich für politisch ganz gefährlich. Man muss das Vertrauen in die gesetzliche Rente stärken, und wie ich eben gesagt habe, das hat in der Vergangenheit gut funktioniert und das wird, wenn man es schafft, dass die Wirtschaft gut läuft, dass die Beschäftigung gut läuft, auch in Zukunft funktionieren. Es ist klar, dann müssen diejenigen, die arbeiten, etwas höhere Beitragssätze zahlen.

Zurheide: Wenn wir die Prognosen ansehen – jetzt ist die Frage, Prognosen sind irgendwas in der Zukunft; das kann eintreten oder auch nicht -, dann sind wir nachher bei 26 Prozent Beiträgen bis 2080. Das haben Sie zumindest ausgerechnet. Da kollidieren wir mit vielen anderen Dingen, auf die wir uns politisch verständigt haben, Lohnnebenkosten nicht höher als 40 Prozent. Stellen Sie das zur Disposition? Das kann ja nun auch nicht sein.

Truger: Dass die Rentenbeiträge perspektivisch etwas steigen, das ist dann unvermeidlich. Das ist übrigens auch in dem Vorschlag der Ratsmehrheit so, dass die Rentenbeitragssätze dann auch steigen würden. Ganz wichtig ist, die Finanzierung auf eine gute Grundlage zu stellen. Dann gehen die Beitragssätze ein bisschen hoch. Dann ist mehr Beschäftigung da. Dann kann man auch noch mal gucken, dass das, was im Moment in der Rente finanziert wird durch Beiträge, was aber eigentlich keine Beitragsleistung ist, beitragsfreie Leistungen, dass man da die Lücken füllt, indem man den Bundeszuschuss aus der Steuer noch etwas erhöht.

Zurheide: Der ist aber schon bei über 100 Milliarden. Das ist schon ein ordentliches Brett.

Truger: Das sind aber auch eine Menge Leistungen, die abgegolten werden. Aber Sie hätten beispielsweise die ganzen Rentnerinnen und Rentner in Ostdeutschland, die ja nie haben einzahlen können in der DDR. Die mussten ja irgendwie finanziert werden und das ist eine gesamtgesellschaftliche Leistung, dass man den Menschen eine Rente gewährt. Das wird über den Zuschuss abgegolten. Das ist nichts, was man den Beitragszahlerinnen und Beitragszahlern aufbürden kann.

Das sind jetzt ganz viele kleine Stellschrauben und insgesamt sehe ich, dass es keinen Grund gibt, daran zu zweifeln, dass wir in den nächsten Jahrzehnten eine einigermaßen auskömmliche gesetzliche Rente weiter finanzieren können.

Zurheide: Gehen wir auf den Niedriglohnsektor respektive auf die niedrigen Renten. Es sind ja auch Vorschläge drin, die dann schon wieder hoch umstritten sind, weil das Äquivalenzprinzip tangiert ist. Das heißt: Wenn ich einzahle, bekomme ich auch was raus. Der Sachverständigenrat, zumindest die Mehrheit sagt, am unteren Ende der Renten wollen wir ein bisschen mehr tun, dafür kriegen die, die höhere Renten haben, etwas weniger. Jetzt sind Sie oft auf der Seite derjenigen, die weniger bekommen. Ist das zielführend oder nicht?

Truger: Ein Solidarprinzip oder auch eine Umverteilung in der gesetzlichen Rentenversicherung kann ich mir grundsätzlich gut vorstellen. Hier ist es allerdings so, dass man durch eine Reihe von Vorschlägen die gesetzliche Rente so schwächt, dass am unteren Ende, wenn man nichts tut, ganz viele Menschen im Alter in die Grundsicherung fallen, weil die Rente überhaupt nicht mehr ausreicht. Dann organisiert man als Folge der eigenen Vorschläge Umverteilungen im System und da möchte ich noch mal sagen, wo da umverteilt wird. Die Schwelle würde jetzt bei 43.000 Euro Bruttoeinkommen liegen und wenn Sie

darüber liegen – das sind jetzt keine wirklich reichen Menschen -, wenn Sie über 43.000 Euro Brutto liegen, würde das heißen, dass oberhalb dieser Schwelle Sie nur noch halbe Rentenpunkte bekommen, und das sind massive Kürzungen für viele Millionen, die da in die Rente einzahlen.

Zurheide: Zum Beispiel die Facharbeiter. Was machen wir denn insgesamt? Ich ziehe einen Strich unter unser Gespräch. Sie sagen, Zuwanderung wird oder könnte einen Teil der Probleme regeln. Das heißt aber, dass wir in Deutschland – und das sagen Sie ja auch an anderen Stellen im Gutachten – deutlich besser werden müssen, Menschen schneller zu integrieren in unseren Arbeitsmarkt. Welche Hoffnungen haben Sie?

Truger: Das ist in der Tat so. Wir haben vor einem Jahr ein ausführliches Kapitel dazu gemacht und da ist ein Problem, dass die Prozesse, Menschen aus dem Ausland gezielt bei uns in Arbeit zu bringen, extrem bürokratisch und langsam sind. Das muss beschleunigt werden. Die Bundesregierung hat da einiges auf den Weg gebracht und da glaube ich tatsächlich, dass das eine gute Chance hat, auch zu wirken. Das muss man jetzt abwarten. Wir hatten dazu auch eine Stellungnahme geschrieben. Da geht einiges in die richtige Richtung. Und wie gesagt: Es sind sehr viele Menschen, die, wie ich finde – das ist jetzt eine politische Einschätzung -, wir aufgenommen haben aus der Ukraine, die im nächsten Jahr dem Arbeitsmarkt schon zur Verfügung stehen werden, und zwar in relativ gut ausgebildeter Form mit abgeschlossenen Sprachkursen. Das heißt, da passiert schon eine ganze Menge.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.